

Weltwochenschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **30 (1940)**

Heft 8

PDF erstellt am: **17.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltwochenchau

Standinavien ruft um Hilfe.

„Wenn die Westmächte Finnland verbluten lassen, dann haben sie den westlichen Demokratien das moralische Todesurteil gesprochen“, wurde jüngst in einer politischen Debatte gesagt. Nichts ist zutreffender als dieser Satz. Und nichts ist näher als die Entscheidung darüber, ob die Engländer im Begriffe seien, ihn wahr zu machen, d. h., ob sie die Tragödie im Norden Tatsache werden lassen oder den Willen aufbringen, sie aufzuhalten.

Am 16. Februar gab die schwedische Regierung bekannt, daß sie ein Ansuchen Finnlands um direkte militärische Unterstützung abgelehnt habe. Der König gab in einer besondern Botschaft ans Volk dieselbe Stellungnahme besonderes Gewicht. Die Mutmaßung darüber, ob sich die Finnen nun an die Westmächte wenden würden, wurde überflüssig, falls die Finnen schon so weit wären, um Frieden bitten zu müssen. Ihre Führer haben zu verschiedenen Malen dargetan, daß sie auf die Dauer der russischen Übermacht nicht stand zu halten vermöchten. Der Einsatz der russischen Kriegsmittel in vollem Umfange war, als die Warnrufe kamen, noch nicht in Erscheinung getreten. Die blutige Operette, welche sich die Heerführer Moskaus an den verschiedenen Fronten geleistet, waren ja nur möglich gewesen, weil Stalin gar nicht mit ernstlichen finnischen Widerständen gerechnet und zweifelhafte Truppen für genügend erachtet hatte, der Regierung Kuusinen den Weg zu bahnen.

Seit das russische Trommelfeuer und die rücksichtslose Opferung der Soldaten vor der Mannerheim-Linie gezeigt, daß es der Generalität Moskaus ernst geworden, wurden denn auch die finnischen Mahnungen dringlicher. Und seit dem Einbruch des Gegners in der Südwesthälfte des finnischen Verteidigungssystems, bei Summa, wird man in Helsinki sehr deutlich. Man sagt es aller Welt, daß der Moment kommen könnte, wo man um den Frieden betteln, sich Moskau unterwerfen müsse ... zu welchen Bedingungen, das können die Schweden und Norweger denken, und auch die Westmächte haben es sich zu überlegen.

Nun können die Engländer nicht einfach in den hohen Norden hinauffahren und in Murmansk landen. Die Ausrüstung eines kanadischen Expeditionskorps, das überlegene Fliegerabteilungen mit sich führen würde, verlangt Zeit, und ohne gründliche Vorbereitung würde man Gefahr laufen, ähnlich wie die Russen in eine Katastrophe zu rennen. Es ist auch nicht mit einer Kriegserklärung an Moskau getan, solange man nicht weiß, wie man den Krieg realer Weise führen könnte. Die Abtastung der andern Wege, die nach Finnland führen, also durch Schweden und Norwegen, zeigt Schwierigkeit über Schwierigkeit. Öffentliche Meinung und Regierungen beider Staaten wissen genau, was es hieße, Deutschland durch offene Hilfe an die Finnen zu provozieren oder gar britisch-französischen Armeen den Durchmarsch zu gestatten. Die deutschen Landungsversuche würden der britischen Landung auf dem Fuße folgen. Man müßte die eigenen militärischen Abwehrmittel so weit entwickelt haben, daß man deutsche Landungskorps beim ersten Versuch schlagen könnte. Und man ist nicht so weit. Man hat viel zu spät an die Möglichkeit gedacht, in einen Weltkrieg einbezogen zu werden.

Die einander folgenden schwedischen Wehranleihen zu billigen Zinssätzen bezeugen jedoch, daß man jetzt die Abwehrvorbereitungen beschleunigt und sich auf alles gefaßt macht. Die finnische Verteidigung erhält sehr wahrscheinlich ihr Teil an Hilfe inoffiziell aus diesen schwedischen Maßnahmen. Nur darf man nicht so offen davon reden. Oder erst allmählich bekannt werden lassen, was man hintenherum tut. Vielleicht zur Beruhigung jener Kreise, die den Regierungspazifismus zum Teufel wünschen und am liebsten den Abmarsch der schwedischen Divisionen nach der „Hölle von Summa“ sähen.

Eine andere Frage, die man bei allen mit Finnland sympathisierenden Kreisen erhebt, ist die Absendung alliierter Flieger. Nicht nur Maschinen ... Finnland braucht ausgebildete Piloten. Man kann in die komplizierten Apparate nicht irgendeinen Mechaniker setzen. Die Durchbildung eines Fliegers erfordert zum mindesten Monate ... eigentlich sollten es Jahre sein. Man kann allen, die so laut nach den alliierten Fliegern für Finnland rufen, versichern, daß solche abgefliegen sind und bereits in die Kämpfe eingegriffen haben. Zum wenigsten mehrt sich der Maschinenpark, so daß die vorhandenen finnischen Piloten zum Fliegen kommen. Nach neuesten Nachrichten ist die finnische Luftmacht so weit gewachsen, daß ihr die gehörige Störung des russischen Nachschubs von Leningrad her gelingt, daß sie die Bombardierungsfüge der Russen über den finnischen Linien teilweise aufzuhalten und sogar den Flügen über die verschiedenen Städte ernstlich entgegenzutreten vermag.

Mit dem Einsatz der westlichen Luftstreitkräfte, wenn auch in getarnter Form, hat eigentlich der russisch-britische Krieg begonnen, und damit rollt die Entscheidung über Skandinavien rasch heran. Die Deutschen können solche Hilfe Englands gegen die Russen nicht einfach hinnehmen. Entweder versuchen auch sie es mit getarnter Teilnahme und suchen die Engländer an ihrer neuen Front auf, oder sie dringen kategorisch darauf, daß Schweden und Norwegen kein Material mehr durchlassen, „ansonst andere Maßregeln ergriffen würden“. Dem beugt der alliierte Generalstab vor, indem er die Flieger direkt von England nach Finnland fliegen läßt.

Vielleicht muß man den Zwischenfall in den norwegischen Gewässern, die Enterung des deutschen Hilfsschiffes „Altmark“ durch britische Zerstörer und die Befreiung von 400 Kriegsgefangenen, als Symptom der drohenden Einbeziehung Skandinaviens in den Kriegsraum werten. Norwegen protestiert in London gegen diese Kriegstat auf ihrem Hoheitsgebiet. Deutschland protestiert in Oslo, weil Norwegen das deutsche Schiff nicht beschützte. London aber richtet einen gleichen Protest an Norwegen, weil es die deutschen Schiffe Kriegshandlungen, wie z. B. eben diese Heimführung von Kriegsgefangenen, die der versenkte „Graf Spee“ im Atlantik geschnappt, durchführen lasse. Es ist brenzlich um Skandinavien.

Sucht einer der beiden Gegner einen Vorwand, um zu landen? Will man die Norweger irgendwohin manövrieren? Hofft der eine, daß der andere eine Dummheit begangen und Schweden und Norwegen gegen sich mobil machen werde? Mit dem Eindringen in einen norwegischen Fjord hätten die Engländer eine solche Dummheit begangen. Die Deutschen könnten ihre Freude dran haben und den Fall ausbeuten, d. h., die Norweger irgendwie so festlegen, daß England die Hoffnung

auf skandinavische Teilnahme am „Kreuzzug gegen Rußland“ aufgeben müßte. Aber es scheint, als habe England verschiedene Trümpfe in der Hand. Zuviele deutsche Schiffe haben sich der norwegischen Küste entlang heimwärts geschlängelt...

Bei all diesem Vortasten und Abwägen der Chancen, dem Provokieren von Zwischenfällen, dem Beraten über Hilfetarnung, Vermeidung direkter Provokationen reißt die Gefahrsituation für Finnland, trotz Gesehtspause bei Summa, in einem Tempo, das demnächst weiteres Klügeln verbieten wird.

Sturmzeichen am Balkan.

In Gefandtschaftskreisen verschiedener Länder wird neuerlich von einem fertigen Plan der Russen und Deutschen über die Besetzung Rumäniens gesprochen. Die „Wohlerzogenheit“ der rumänischen Regierung, die den Deutschen vermehrte Lieferung, vor allem aber Einhaltung der vertraglichen Delquanten, versprochen hat, genügt nicht. Denn die alliierten Kapitalien, die in den Ölsfeldern Rumäniens stecken, erlauben anscheinend eine Sabotage der Belieferung Deutschlands. Also will man kurzen Prozeß machen. Vielleicht sind diese Gespräche um die auszuwagenden Diplomaten herum wieder einmal blinder Lärm. Vielleicht sind sie mehr. Vielleicht handelt es sich auch um zweckdienliche Propaganda, die gar nicht Rumänien meint, sondern andere Staaten zu Sinnesänderungen zwingen möchte. Man denkt an Italien, das soeben durch den Empfang des rumänischen Ministers und „Jugendführers“ Sidorovici seine Interessen an der ungestörten Weiter-Existenz Rumäniens dokumentiert hat und schon vor Wochen durch Zurückbindung Unarns und seiner Revisionsabsichten die Zusammenarbeit aller Südsüdlichen gegen Rußland durchzusetzen versuchte. Möglicherweise will man Italien zwingen, in Rumänien Bedingungen durchzusetzen, die Deutschlands Wünschen dienen?

Man könnte auch die Türkei meinen. Ohne die Türkei gibt es keine alliierte Unterstützung der Rumänen. Die Überlegung, daß der konzentrische Überfall auf das gefährdete Donauland, wenn er wuchtig genug erfolgt, in einer Woche zum Ziele führen kann, muß den Türken zu denken geben. Was wird ihr Einfluß nützen können, was die Durchfahrt alliierter Flotten und Landunastruppen für Rumänien durch die Dardanellen, wenn beim Erscheinen der Hilfe schon kein Rumänien mehr existiert? Und wenn gleich darauf der deutsch-russische Stoß gegen die Dardanellen und gegen Istanbul erfolgen würde? Müßten die Türken nicht überlegen, ob ihre Interessen anderswo besser gewahrt seien als an der Seite der Alliierten? Das sind so Erwägungen, die man den Neutralen dort unten gerade mit dem Vorspielen eines „Mandnermißes um Rufarest“ beibringen könnte. Und wenn ein solches Spiel Eindruck machen, wenn es diplomatische Umstellungen bewirken könnte, wäre für die beiden Diktaturen ein gewaltiger Erfolg errungen. Sie können ja nichts mehr erstreben als die „prodeutsche und prorussische Neutralität“ der sämtlichen Nachbarn, von der Adria bis nach Persien; sind sie sicher, daß all diese Staaten den Alliierten den Durchmarsch verwehren, haben sie soviel wie eine „Siegfriedlinie im Süden“ gewonnen.

Wie aber, wenn es sich nicht um Geschmäk handeln sollte? Wenn die Generallstäbe in Moskau und Berlin der Meinung sind, menigstens einer der Südsüdler müsse noch dran arbeiten, um die andern für eine prodeutsche Schwenkung reif zu machen? Oder wenn sie die Schwarzmeer-Donau-Route für das russische Absolutin in ihrer Hand haben wollen? Wenn sie deshalb Rumänien einstecken müssen?

Für diesen Fall muß man sich die Teilnehmer an dieser Besetzung ansehen und überlegen, welche Rolle ihnen zuadacht sein könnte. An der bekarabischen Flanke sind die Russen aufmarschiert. Ihnen würde der „Carolwall“ halt gebieten, stünde Rumänien allein gegen Rußland. Aber es

gibt eine weitere Einbruchsstelle, die hinter diesen Wall führt, das ist die ostgalizische Flanke, über welche deutsche Armeen eingeseht würden, in den Rücken des Carolwalls. Der dritte Teilnehmer wäre Ungarn: Kombinierte deutsch-ungarische Angriffe würden die Überrennung Siebenbürgens bezwecken. Der vierte wäre Bulgarien, der einzige, der unmittelbar von türkischer Rückenbedrohung etwas zu fürchten hätte und darum wahrscheinlich zuwarten würde, bis ein ungarisch-deutscher Vorstoß direkte Verbindungen mit den Verbündeten und rasche Anmarschmöglichkeiten für deutsche Hilfe gegen die türkische Front geschaffen hätte.

Es ist in der Tat nicht schwer, das rumänische Schicksal auszumalen, das unausweichlich würde, wenn die ungarische und bulgarische Teilnahme, das Ausbleiben jugoslawischer, italienischer, türkischer und alliierter Hilfe wäre und die Diktaturen auf derartige Situationen bauen könnten.

Man begreift darum die Nervosität, die in den letzten Wochen aufzitterte, als die Radionachrichten zu melden wußten, die „ungarisch-rumänische Spannung habe ihren Höhepunkt erreicht“; die militärischen Vorbereitungen Rumäniens würden beschleunigt, die Ungarn erhöhen ihre Forderungen auf die Grenzgebiete kategorischer usw. Und man begreift, daß das Rätsel der Anwesenheit deutscher Truppen im russischen Ostgalizien immer mehr die Gehirne der Strategen und Nichtstrategen beschäftigt. Zur Ausbeutung der Petrolfelder sind diese Armeen nicht da, und zur Bewachung der Transporte aus Rumänien braucht es kaum größere Einheiten.

Größere Sensation hat der bulgarische Regierungswechsel geweckt, und das mindeste, was hierzuland über das Ausscheiden des Herrn Ruffseiwanooff geschrieben wurde, war, daß man darin ein Beunruhigungssymptom sehen müsse. Und es ist in der Tat ein solches Symptom. Ruffseiwanooff war der Exponent der Freundschaft mit Jugoslawien, des Status quo, der Freundschaft mit der Türkei, die man als mächtigsten Nachbarstaat zum Freunde haben muß. Warum hat er dem Herrn Filoff Platz gemacht? Filoff hat sein Ministerium aus russophilen Leuten zusammengekehrt. Die offizielle Darstellung, als sei Ruffseiwanooff über innerpolitische Probleme geklopert, über einen Konflikt mit seinem Landwirtschaftsminister, wird nicht überall geglaubt. Die Version, als seien die außenpolitischen wichtiger, findet ihre Anhänger. Sollte sich Ruffseiwanooff gegen gewisse Pläne geäußert haben, die im Zusammenhang mit Rumänien stehen? Man wird es in nicht allzulanger Frist erfahren.

Wenn die Sturmzeichen am Balkan, an deren Auftauchen man nach den monatelangen italienischen Bemühungen um eine Vermittlung unter den Kleinen kaum mehr geahnt, wirklich in einen Sturm übergehen, dann weiß man, welchen Zwecken die Landung der Aufräuer und Neuseeländer in Megnont dient, überhaupt, wozu die „Wenaand-armee“ dienen soll. Falls die Truppentransportschiffe rechtzeitig unter Dampf stehen und beladen sein sollten, würden sie die einzige Möglichkeit bieten, auf dem Balkan Fuß zu fassen und vielleicht sogar eine Front zustande zu bringen, „etwas nördlich von Adrianopel“...

Fragen der Neutralität.

Kürzlich wurde wieder die „Weltwoche“ verwahrt, weil ihr Redaktor an Ereignisse aus dem letzten Weltkrieg erinnerte, die eine bestimmte ausländische Reaktion nicht gerne hört... ganz gewiß überleat der Chef dieser Zeitung jeden Satz, den er niederschreibt, im Hinblick auf die zensurierende Stelle, und ganz gewiß steht er alles nochmals draufhin durch, bevor er den Druck zuläßt... und trotzdem entging ihm, daß der bewußte Satz irgendwem auffallen und zur jener Kategorie gezählt werden könne, die unsere Beziehungen zu den rinatum befindlichen befreundeten Staaten gefährden. Und so wie diesem Redaktor geht es jedem; die meisten sind vielleicht vorsichtiger, manche

vorsichtiger als die Herren der Überwachung selbst; alle aber sind überzeugt, daß die Anlegung der Zügel ihren Sinn hat, sofern wir uns wirklich einer neutralen Haltung befleißigen wollen.

Es ließe sich der Fall denken, daß bei uns eine Pressenfreiheit, geleitet von ausgesprochenen Sympathien für das eine Kriegslager, ohne Rückhalt die öffentliche Meinung des Landes in den Willen zur Teilnahme am Kriege hineinsteuern möchte. Einige Monate Unterricht in dieser Haltung, keine Gegenströmungen... wer möchte behaupten, daß eine so bearbeitete Volksmeinung schließlich die Regierung nicht bestimmen und aus der Haltung hinaus drängen würde, die sie sich vorgenommen? Die Presse darf nicht anders als im Sinne der Staatsneutralität arbeiten!

Allein, trotzdem wir diese Pflicht der Presse anerkennen, haben wir uns zu fragen, von wem aus „Rügen an die Blätter“ leichtlich gehen sollen, bestimmter gesagt, wer das Recht hat, solche Rügen anzulegen. Wir meinen, am besten die Presse selbst. Es sollte nie vorkommen, daß man die Vorstellung erhält, die Reklamationen kämen eigentlich anderswoher als von unsern eigenen Behörden. Gewisse Blätter werden Lieblinge fremder Beaufichtigung. Man nimmt sie stets wieder unter die Lupe. Mit Notwendigkeit muß nun auch die beaufsichtigende Stelle diese „Gefährlichen“ besonders im Auge behalten. Hier kann sich Mißtrauen einschleichen; unsere Presseüberwachung hat aber einen andern Zweck, als Mißtrauen entstehen zu lassen. Wenn Redaktoren und „Zensoren“ sich zusammensetzen würden, wären sie wohl rasch überzeugt, daß beide nur eines wollen, nämlich „Übereinstimmung zwischen staatlichem und öffentlichem Neutralitätswillen zu schaffen, unter Wahrung der freien Meinungsbildung. Vielleicht dürften wir dann sogar ausländischen Wünschen energischer gegenüberreten, als wir es des öfters tun.

Wir denken hier an das Verbot des Buches „Gespräche mit Hitler“, geschrieben von Hermann Rauschning, ehemaligem Danziger Senatspräsidenten und nationalsozialistischem Parteimitglied. Das Buch ist beim „Europaverlag New-York“, einem Zweigverlag des Verlages Oprecht in Zürich, deutsch erschienen. 5000 Exemplare waren rasch verkauft. Es erfolgte die Einsprache der deutschen Gesandtschaft. Der Bundesrat wies den Fall an die Armee. Dann erfolgte zunächst ein Teilverbot für die deutsche, nachher ein solches für alle Ausgaben. Der Bundesrat kann sich darauf berufen, daß Schweden mit dem Verbot vorangegangen sei. Er kann sich mit der Begründung decken, daß bestimmte Stellen als „Beleidigung des Oberhauptes eines befreundeten Staates“ aufgefaßt werden können. Er kann die Staatsraison aufrufen, welche gebietet, keinerlei Anlässe zu dulden, welche die Beziehungen zu den befreundeten Staaten stören könnten. Nichtsdestoweniger hat es im Wald der Presse, besonders links, gewaltig gerauscht, und gutgeheißen hat das Verbot nur jener Teil der Blätter, der findet, die Folgen andauernder Fehden wegen „Äußerungen in Wort und Bild“ könnten in unliebsamer Weise anschwellen und Ausgangspunkt für gefährlichere Verwicklungen werden.

Es wird sich mancher, der den Bundesrat wegen dieses Verbotes angreift, fragen müssen, was er getan hätte, wenn er als Verantwortlicher „oben“ säße und darüber wachen müßte, daß uns niemand eins anhängt. Aber vielleicht hätte unsere Landesregierung doch einen stärkeren Rücken, wüßte sie ganz sicher, daß Presse und „Presseüberwachung“ in einheitlicher Zusammenarbeit die „Selbstzensur“ so handhaben, daß man sich von nirgends mehr dreinreden lassen muß. Das System „Schulmeister-böse Buben“ ist so wenig demokratiemäßig wie die unterdrückte Freiheit der Presse im Prinzip es ist. Die Zusammenarbeit sollte viel einheitlicher und „vertraulicher“ sein.

Es wäre vielleicht möglich, daß eine Presse, die sozusagen ihre „Selbstzensur“ befolgt, den Bundesrat besser kommentieren würde, falls er ein Buch wie das Rauschning'sche verböte! Uns interessiert ja weit weniger als die ausländischen Reklamationen über die Schreibweise unserer Zeitungen die Frage, wie wir

einig bleiben, wie wir unsere Mißbelligkeiten austilgen, vor allem solche, die zwischen Führung und Volk aufsteigen!

Forderungen von rechts und links.

Was von links zur Frage der Bundesfinanzen gefordert wird, hat der Parteitag der bernischen Sozialdemokraten, den man als Muster für die Haltung der schweizerischen Gesamtpartei betrachten kann... und zwar als gemäßigtes Muster... gezeigt. Nicht nur bei den Sozialisten, links überhaupt, wird das Wehropfer des Besitzes als zu gering angesehen. Die aufgestellte Forderung lautet also: Das Wehropfer wird von 3 % auf 5 % des Vermögens erhöht. Man hat die Forderung auf eine solche Erhöhung schon anderswo gelesen. Beigefügt war die Bestimmung: Verteilung auf 5 statt nur auf 3 Jahre.

Rechnet man aus, wieviel die Erhöhung des Opfers ausmachen würde, und nimmt man an, die vorgesehenen Lasten der Eidgenossenschaft würden nicht höher wachsen, als man angenommen, dann müßte also das Vermögen 5 Jahreszinse opfern und damit etwa ein Drittel der drohenden Schulden vor ihrer Entstehung tilgen. Die Substanz der Vermögen selbst würde immer noch nicht angegriffen.

Von links wird offenbar mit der „vorgesehenen Belastung“ als mit einer Art Definitivum gerechnet, denn das erhöhte Wehropfer soll nun als Gegenstück eine Herabsetzung der Leistungen kleinerer Vermögen und vor allem der Einkommen erhalten. Die Forderungen gehen auf Veränderung der Wehrsteueransätze; 4000 fränkige Einkommen und Vermögen bis zu 10,000 Fr. sollen steuerfrei bleiben. Damit aber die vom Wehropfer und von der Wehrsteuer Betroffenen nicht ausknien können, soll die Erfassung der Steuern an der Quelle strikte durchgeführt werden.

Ganz und gar abgelehnt wird die Umsatzsteuer. „Diese ungerechteste aller Steuern“, wie sie von ihren Gegnern genannt wird, gilt ja als Belastung der Konsumenten schlechthin, nimmt man doch an, sie werde restlos und immer auf die Schultern der Käufer abgewälzt, und es gebe nichts, das die Produzenten verhindern könnte, dies zu tun.

Um diese Steuer überflüssig zu machen, sucht man nach andern und stellt das alte Postulat einer eidgenössischen Erbschaftsteuer, wahrscheinlich gedacht für die Dauer der notwendigen Tilgung unserer außerordentlichen Lasten, wieder auf. Man weiß ja wohl gut genug, wie gering die Aussichten sind, mit einer derartigen Forderung durchzubringen, aber man erinnert wieder einmal daran, daß bei den Erben manchmal viel zu holen wäre. Beachtet aber werden bei den andern Parteien sicher Forderungen wie die „Besteuerung der ausländischen Wertpapiere“. Ferner werden sich Freunde einer Kontrolle des Kapitalexportes finden, und hier und da sogar solche, die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht gutheißen.

Die aufgestellten Forderungen der bernischen Sozialdemokraten unterscheiden sich sehr wesentlich von der Stellungnahme der bernischen Freisinnigen, deren Geschäftsleitung viel mehr gute Fäden am bundesrätlichen Programm findet. Es wird zunächst der Steuerweg gutgeheißen und auf die Gefahr einer Deckung durch Anleihen hingewiesen, die bei den ungeheuren Summen, um die es geht, unweigerlich bestünde. Man stellt ferner fest, daß der Bund, wenn er in dem vorgesehenen Maße Geld aufbringen müsse, jede Gelegenheit zu neuen Sparmaßnahmen ins Auge zu fassen habe. Das Parlament wird in seinen Ausgabenkompetenzen beschritten... diese Bestimmung der Vorlage wird gutgeheißen. Man erhofft gerade davon die Möglichkeit für den Bundesrat, Unnötiges in der Ausgabenreihe zu streichen und daß er, wenn er schon tief in den Beutel greifen muß, doch nicht vom Parlament zu Ertragriffen verleitet werde.

Die Freisinnigen warnen vor einer Überspannung des Wehropfers und finden die 3 % hoch genug. Die Wehrsteuer wird gutgeheißen und ist den Ansätzen gerecht befunden. Die Umsatzsteuer kann nicht entbehrt werden, da die übrigen indirekten Steuern nicht ausreichen, um all das zu decken, was ordentlicher- und außerordentlicherweise gedeckt werden muß, und da auch die eingesparten Subventionen und Personalauslagen die Lücken nicht wettmachen. Man heißt die 2½ % gut unter der Bedingung, daß einige der wichtigsten Lebensmittel ausgenommen werden.

Grundsätzlich finden die Freisinnigen die Lastenverteilung zwischen Besitz und Einkommen gut und weisen nachmals darauf hin, daß der Sparwille nicht beeinträchtigt

werden dürfe. Eine Korrektur möchte man wünschen: Kleinrentnern, die aus ihren Vermögenserträgen leben müssen, sollte die Möglichkeit, eine Rückerstattung ihrer Steuern zu erlangen, geboten werden. Dafür heißt man die Erfassung der Steuern an der Quelle gut. Das ist im wesentlichen die Einstellung der „rechten Mitte“ unserer Parteien. Weiter rechts natürlich tönt es noch wesentlich anders.

Wenn in diesem Zusammenhang von andern Ansprüchen die Rede sein darf: Die katholisch-konservative Fraktion hat nicht Herrn Troillet, sondern den tessinischen Staatsrat Celio als endgültigen Bundesratskandidaten bezeichnet. —

Celio ist gewählt worden mit 118 von 222 Stimmen. —an

Mein Mann hat Urlaub

„Am Mittwochabend bin ich bei Dir, und dann haben wir es für drei Wochen wieder einmal wunderschön.“ So schrieb mir mein Mann, und heute ist Mittwoch. Ich stehe am Bahnhof und kontrolliere durch die unübersehbare Menschenmenge hindurch die ein- und ausfahrenden Züge. Kaum vermag ich zu warten. Vier Monate ist es, seit ich ihn das letzte Mal sah, vier Monate, wo man doch das ganze Leben beisammen sein sollte. Soviele Leute sind da. Ob alle jemanden Liebes erwarten? Ob alle so aufgeregte sind und solches Herzklopfen haben wie ich? Beinahe möchte ich glauben, ich sei wieder Braut und harre sieberhaft auf des Bräutigams Ankunft. So geht es gewiß jenem jungen Mädchen dort. Schön hat es sich gemacht, ruhig steht es da und kann doch die heiße Röte auf den Wangen nicht verbergen. Da ist denn der kleine Bub hier schon anders; er ist noch so klein und ungehemmt von aller Erziehung; so strampelt er und zieht und zerrt, daß seine Mutter ihn kaum halten kann. Was aber ist mit dieser Frau da? Hochaufgerichtet blickt sie über alle hinweg, und nur ihre Hände, die unruhig über die Tasche hin- und herfahren, verraten die innere Ungebuld. — Ach, der Menschen sind ja so viele auf dem Bahnhof, und alle haben ihr eigenes Gesicht und ihr eigenes Schicksal. Keiner weiß vom andern.

Wieder donnert ein Zug herein. Diesmal wird es wohl der richtige sein. Natürlich, da naht ja schon Feldgrau. Doch nein, es ist nicht mein Mann, es ist ein Vater, der Urlaub hat. Ein jauchzender Ruf ertönt „Bape“, und schon hat sich der kleine Bub neben mir losgerissen und ist dem großen Soldaten an den

Hals gesprungen. Auch das junge Mädchen hat einen lieben Jüngling unter den Feldgrauen entdeckt; schüchtern streckt es ihm seine Hand entgegen, schüchtern legt er seine hinein. Wo wohl mein Mann bleibt? Immer mehr Leute strömen vorüber, kaum mehr erkennbar sind die einzelnen, wenn ich ihn verpaßte ... doch da kommt er. Mein Lieber, Lieber Du, solange ist's her ... aber wie braun er geworden ist. Und so breit und stark. Irgend etwas steigt mir in den Hals hinauf, ich möchte ihm entgegengehen und kann doch nicht. Und es ist doch nur mein Mann. „Grüßti“ sagt er und drückt weich und zärtlich meine Hand. Auch einen Kuß gibt er mir, wo er noch vor kurzer Zeit das um alle Welt in der Doffentlichkeit nicht getan hätte.

Mir ist alles wie ein Traum. An seinem Arm schreite ich durch die Menge aus dem Bahnhof heraus und habe das Gefühl, es sei das erste Mal, daß ich neben ihm gehe. Ein Tram wartet, wir steigen ein, fahren, und alles ist so alltäglich. Er ist bei mir, spricht mit mir, erzählt mir, fragt mich, und nichts ist anders als vor vier Monaten. Wahrscheinlich ist aber doch alles anders. Ich weiß nun, was Alleinsein ist und wieviel Zusammensein bedeutet. Ich weiß, wieviel Dankbarkeit ich, wir alle, schulden.

Heute trägt er noch Uniform. Morgen schon wird er wieder in der gewohnten Kleidung sein. Zusammen werden wir aufstehen, ich werde für ihn kochen und um zwölf Uhr am Fenster Ausschau halten, ob er bald kommt. Das Leben wird sein wie immer, reich und unsäglich schön. — Für drei Wochen. Welch lange, herrliche Zeit!

J. Gasser.

SNS = „Sind wir noch Schweizer“

Sie hat mit ihren drei Buben sehnlich auf die Heimkehr ihres Mannes gewartet. Der kleine Betrieb stand ja still, seitdem er an der Grenze war, und die wenigen Kunden hatten sich verlaufen. Wohl war ja dann die Wehrmannsunterstützung gekommen, und wenn sie sich recht einschränkten, ging es auch so. „Es müssen heut eben alle ihr Opfer fürs Vaterland bringen“, sagte sie. Und sie tat es gern. Aber als seine Truppe entlassen wurde, kam er nicht heim. In einer kalten Regennacht auf der Wacht hatte er sich einen schweren Gelenkrheumatismus zugezogen, und nun liegt er schon seit Wochen in der NSA, und es kann noch Monate dauern, bis er als geheilt entlassen wird. Aber das Schlimmste ist: mit der Entlassung seiner Truppe hörte daheim auch die Wehrmannsunterstützung auf. Und die Not ist nun da. Was machen? — An die Gemeinde? Dagegen

hatten sie sich doch immer gewehrt in diesen schweren Jahren. „Lieber hungern“, hatten sie gesagt, „als armengenössig werden!“

Ich habe sie an die Schweiz. Nationalspende gewiesen. Ob ihnen da geholfen werden kann? Sie sind ja nicht die einzigen, die in ihrer Not dort anklopfen. Was dann, wenn die SNS ihnen melden müßte: „Unsere Mittel sind leider erschöpft. Wir können euch mit dem besten Willen nicht helfen!“ Nein, nicht wahr, Schweizervolk, so darf es nicht kommen mit den bedürftigen Familien unserer Wehrmänner. — Es liegt aber an dir, daß es nicht so kommt. Darum öffne Herz und Hand, wenn heute die Nationalspende ruft! Denk an den „Höhweg“ und — gehe ihn!

Ein Feldprediger.